

Buchbesprechungen

Gerhard Bäcker/Reinhard Bispinck/Klaus Hofemann/Gerhard Naegele, Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, 3., grundlegend überarbeitete und erweiterte Auflage, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2000, 2 Bde., 410/480 S., je 26 €.

Im Jahr 1980 gaben die Verfasser ihre erste Auflage unter dem Titel „Sozialpolitik - Eine problemorientierte Einführung“ heraus. Nun liegt die dritte Auflage mit insgesamt neun Kapiteln und 890 Seiten vor. In der Zwischenzeit ist in Sachen Sozialpolitik und ihren jeweiligen Handlungsfeldern viel geschehen. Der Sozialstaat genießt in Deutschland zwar noch eine hohe Anerkennung und ist auch nach wie vor grundgesetzlich verankert. Aber unübersehbar, schreiben die Autoren, ist auch, „dass die Angriffe auf den Sozialstaat zugenommen haben. Seine Charakterisierung als „Unsozialstaat“ (Die Zeit) und die seiner tragenden Akteure als „Sozialstaatsmafia“ (Der Spiegel) fällt in eine Situation, in der große Gruppen vor allem der jüngeren Generation glauben, zwar „Finanzier“, aber nicht (mehr) Nutznießer des Sozialsystems zu sein. Umso wertvoller ist vor diesem Hintergrund die Vorlage der beiden Bände zur Sozialpolitik in Deutschland. Die Autoren geben hier wissenschaftlich fundierte Antworten auf eine komplexe gesellschaftliche Materie.

Band 1 beschäftigt sich im ersten Kapitel mit den Grundlagen der Sozialpolitik sowie ihrer Ableitung aus dem Sozialstaatsprinzip. Daneben werden die Entwicklungslinien der Sozialpolitik in Deutschland beschrieben. Im zweiten Kapitel wird die Sozialpolitik als Teil des ökonomischen Prozesses in marktwirtschaftlichen Ordnungssystemen beleuchtet. Hier wird ausführlich die finanzielle Dimension der sozialen Sicherungssysteme (Sozialbudget) sowie ihre Finanzierungsseite aufgezeigt. Neben einer Analyse der Interdependenzen zwischen Sozialpolitik und ökonomischem System werden auch die Finan-

zierungsprobleme sowie Finanzierungsalternativen zur Absicherung der für das marktwirtschaftliche System wichtigen Frage der sozialen Sicherung in Deutschland aufgezeigt. Dass Sozialpolitik eng mit der Verteilungsfrage von arbeitsteilig in einer Volkswirtschaft realisierter Wertschöpfung (Volkseinkommen) zu tun hat, greifen die Autoren im dritten Kapitel „Einkommen“ auf. Sowohl die marktinduzierte Einkommens- als auch die Vermögensverteilung werden hier ausführlich dargestellt; daneben die Einkommensumverteilung durch das System der sozialen Sicherung. Dazu zählen die Autoren auch die Gestaltung der Arbeitseinkommen durch Tarifverträge sowie eine Sozialpolitik durch Steuerpolitik. Armut in einer Wohlstandsgesellschaft, wie sie in Deutschland vorhanden ist, verlangt nach Reformen. Diese werden beispielsweise anhand einer Grundrente, einer Negativsteuer/einem Bürgergeld oder an einer so genannten bedarfsorientierten Grundsicherung diskutiert.

Einen zu Recht großen Umfang von 161 Seiten widmen die Autoren dann im vierten Kapitel der menschlichen Arbeitskraft und dem Arbeitsmarkt. Hier wird die besondere Bedeutung von Arbeit für den Einzelnen bzw. für seine Lebenslage in einer marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnung herausgearbeitet. Einen Schwerpunkt nimmt dabei u.a. die bestehende Massenarbeitslosigkeit als soziales Risiko und ihre zumindest teilweise Abfederung durch das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe ein. Dem schließt sich eine ausführliche Erörterung der Instrumente von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und eine Darstellung des Streits

um die richtigen Konzepte und Ansatzpunkte zum Abbau der Arbeitslosigkeit an. Das letzte und fünfte Kapitel des ersten Bandes untersucht den Faktor Arbeit im Zusammenhang mit dem Gesundheitsschutz. Dieses ebenso wichtige Kapitel basiert auf der grundlegenden Tatsache, dass Arbeit mit Risiken verbunden ist, die man ansonsten leider immer wieder nur bezogen auf den Einsatz von Kapital in Form von Maschinen und Fabrikgebäuden oder ganz einfach von akkumuliertem Geldkapital sieht. Die Autoren bemerken dazu: „Die konkreten Arbeitsbedingungen können mit belastenden, ja massiv gesundheitsschädigenden Auswirkungen verbunden sein. Und dies in einem doppelten Sinne: Die konkrete Ausgestaltung des Arbeits- und Produktionsprozesses, angefangen bei Lage und Dauer der Arbeitszeit über schädigende Einflüsse aus der Arbeitsumgebung bis hin zum Arbeitsvollzug selbst, kann eine direkte Quelle gesundheitlicher Gefährdungen darstellen: die amtlich registrierten Arbeitsunfälle, die Berufskrankheiten, der kaum merkliche chronische Gesundheitsverschleiß und die weit verbreiteten gesundheitlichen Befindlichkeitsstörungen sind deutliche Belege für die arbeitsbedingten Gesundheitsrisiken.“

Das Thema Gesundheit als das wichtigste menschliche Gut wird dann in konsequenter Folge als sechstes Kapitel im zweiten Band thematisiert. Hier wird wie in den anderen Kapiteln auch auf hohem wissenschaftlichen Niveau und trotzdem in anschaulicher und verständlicher Art und Weise das sozialpolitische Handlungsfeld der Gesundheitspolitik analysiert: von den Krankheitsursachen, der Kranken- und Pflegeversicherung über Besonderheiten von Angebot und Nachfrage auf dem Gesundheitsmarkt bis zur Finanzierung des Gesundheitssystems. Selbstverständlich kommt auch hier der Hinweis auf Alternativen und Lösungsansätzen im Sinne einer perspektivischen Gesundheitspolitik nicht zu kurz.

Das siebte Kapitel beschäftigt sich mit Familie und Kindern. Hierbei wird der Wandel der familiären Lebensformen und der Geschlechterrollen ebenso behandelt wie die Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber einem Leben mit Kindern. Daneben spielen in diesem Kapitel die Einkommens- und Versorgungslage sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine herausragende Rolle. Altwerden und Altsein ist mit vielen Problemen verbunden. Welche dies im

einzelnen sind, haben die Autoren dem achten Kapitel der Sozialpolitik vorbehalten. Hier wird nach den Folgewirkungen des demographischen und sozialen Wandels im Alter und dem dadurch auftretenden Handlungsbedarf geforscht. Daneben wird ebenso der Finanzierungsfrage des Alters durch die Rentenversicherung und ihren Alternativen nachgegangen. Abschließend werden im neunten Kapitel die Sozialen Dienste, ihre Träger, Finanzierungsgrundlagen, -strukturen und -alternativen behandelt. Alle Kapitel der beiden Bände sind um vielfältige empirische Daten - nicht zuletzt - zur Verifikation der theoretischen Argumentationen angereichert und teilweise auch anschaulich durch Grafiken ergänzt worden.

Jedes Kapitel schließt außerdem mit einem ausführlichen Literaturverzeichnis zu den jeweils speziellen Themen ab und lädt dadurch zum ergänzenden oder vertiefenden Studium ein. Zusätzlich werden mit dem Thema sich beschäftigende Fachzeitschriften oder Institutionen als methodische Hilfen aufgeführt. Weiter werden Internet-Adressen zur Erschließung zusätzlicher Informationsquellen zur Verfügung gestellt. Ein nicht ganz überzeugendes, weil nicht tief genug differenzierendes, Stichwortverzeichnis schließt die beiden Bände ab.

Insgesamt muss man den Autoren eine überaus gelungene Arbeit auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau bescheinigen. Es gibt in Deutschland nichts Vergleichbares, das den gesamten komplexen Bereich der Sozialpolitik so fundiert abdeckt. Immer haben sich die Autoren trotz der schwierigen Materie bemüht, den Leser und Studierenden in verständlicher Form - ohne Substanzverlust - in die Problematik der Sozialpolitik vertieft einzuführen und auch entsprechende Alternativen aufzuzeigen. Besonders wohltuend ist dabei die an vielen Stellen konstruktivkritische Auseinandersetzung mit neoliberalen Angriffen auf die Sozialpolitik bzw. den Sozialstaat. Wird hierbei doch deutlich, wie obsolet und auch kontraproduktiv diese Angriffe im Sinne einer stabilen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung letztlich sind. Aufgrund des insgesamt überzeugenden Eindrucks wünscht man diesen beiden Bänden zur Sozialpolitik einen hohen Verbreitungsgrad. Studierenden seien sie als unverzichtbare Lektüre empfohlen.

*Heinz-J. Bontrup,
Gelsenkirchen*

Klaus Peters/Wilfried Glißmann, Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen, VSA-Verlag, Hamburg 2001, 198 S., 15,30 €.

Die Mitarbeiter sind überarbeitet. Sie halten gesetzliche Pausenregelungen nicht ein. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wird täglich überschritten. Betriebsräte, die ihre Kollegen darauf aufmerksam machen, müssen mit dem Vorwurf rechnen, sich in die persönlichen Angelegenheiten der Betroffenen einzumischen. Die Interessenvertreter sind in einem Dilemma. Es ist ihre Pflicht, über die Einhaltung der Gesetze zu wachen. Und es ist ihre Aufgabe, Mitarbeiter zu schützen - manchmal vor sich selbst.

Diese Beschreibungen sind den meisten Betriebsräten bekannt und stellen den Ausgangspunkt des von Wilfried Glißmann, Betriebsrat bei IBM, und dem Philosophen Klaus Peters verfassten Buches „Mehr Druck durch mehr Freiheit“ dar, das die Aktion „Der Arbeit ein Maß geben“ schildert.

Um sich von dem Negativ-Image als „Kontrolleur der Belegschaft“ lösen zu können, hat der Betriebsrat von IBM Düsseldorf gemeinsam mit der IG Metall und dem Philosophen Peters diese Kampagne entwickelt. Es sollte ein „Kampf um die Köpfe“ der einzelnen Mitarbeiter beginnen.

Zu Beginn wurde mit einem „Monat der Besinnung“ zur Diskussion aufgerufen. Der Arbeitsbericht einer Projektleiterin wurde anonymisiert per Intranet veröffentlicht: „Mich regiert die blanke Angst. Sollte es mir gelingen, meine Arbeitszeit zu begrenzen und meine Projekte etwas langsamer abzuwickeln, hätte ich nicht viel gewonnen. Ich müsste den Druck, mein Projekt endlich zu beenden, nur noch länger ertragen. Und die Belohnung für ein beendetes Projekt ist ein neues Projekt“.

Durch Betriebsversammlungen und Informationsveranstaltungen mit Wissenschaftlern wurde die Diskussion unter dem Motto „Meine Zeit ist mein Leben“ weiterverfolgt. Die Reaktionen waren aus Sicht des Betriebsrats überwältigend. Durch die Debatten wurde Mitarbeitern deutlich, dass das Gefühl, die Arbeit finde kein Ende, ein Massenphänomen ist.

Ursache ist die Unternehmensstrategie der „indirekten Steuerung“: Mitarbeitern werden Ziele vorgegeben. Für das Unternehmen ist es

dabei ohne Bedeutung, wie diese Aufgaben bewältigt werden. Können die Ziele jedoch nicht erreicht werden, drohen der Entzug von Finanzmitteln, Versetzungen auf niedriger dotierte Stellen, Verlagerungen von Aufgaben an andere Standorte oder sogar Entlassungen. Die Methoden der Arbeitgeber, diesen Druck zu steigern, sind keineswegs ganz neu. So werden etwa die Zielvorgaben für Projekte nach und nach erhöht oder finanzielle Ressourcen immer knapper kalkuliert.

Der Mitarbeiter soll sich in eigener Verantwortung innerhalb der Vorgaben direkt dem Kunden gegenüber am Markt orientieren. Das Arbeitsverhältnis wird zum Verhältnis „Dienstleister gegenüber Kunde“, um so scheinbar aus dem Arbeitnehmer einen „Unternehmer im Unternehmen“ zu machen.

Als Folgen dieser Managementkonzepte machen sich neben einem Gefühl der ständigen Überforderung auch Gesundheitsschäden wie z. B. Hörsturz oder permanente Angst vor dem Versagen bemerkbar.

Die öffentliche Diskussion bei IBM zeigte vielen Beschäftigten, dass ihre Probleme nicht auf persönliches Versagen zurückzuführen sind. Diese Sensibilisierung entwickelt sich weiter. Der Betriebsrat verwies auf den Zusammenhang zwischen individueller Erkenntnis und kollektivem Handeln und unterbreitete Vorschläge wie z.B. „Ich selbst setze meiner Arbeit eine Grenze - Nein sagen mit gutem Gewissen“ oder „Also: gemeinsam erarbeiten, was geschieht und Änderung des faktischen Verhaltens.“

Da jeder Mitarbeiter seine Situation auf individuelle Weise erlebt, müsse auch letztendlich jeder seine eigene Lösung finden. „Erstens: Jeder muss selber herausfinden, was für ihn selber gut ist. Und zweitens: Keiner kann es alleine“, fasst Peters diesen Politikansatz zusammen.

Ausführlich schildern Glißmann und Peters eigene Erfahrungen mit der Kampagne „Der Arbeit ein Maß geben“ und stellen ihre Schlussfolgerungen dar.

Die Kampagne erscheint vor dem Hintergrund der Probleme der Gewerkschaften, im Angestelltenbereich eigene Leitlinien zu entwickeln und durchzusetzen, faszinierend. Allerdings lässt das Vorgehen des IBM-Betriebsrates einige Fragen offen.

Ein von Glißmann geschildertes Beispiel fällt sofort ins Auge: Ein Dozent des IBM-Schulungsbereiches ist Betriebsratsmitglied. Da er in der

Zeit der Betriebsratsstätigkeit keine Schulungen durchführen kann, beginnt unter den Kollegen die Diskussion: „Ist deine Betriebsratsarbeit 50 000 DM wert?“, weil sich beispielsweise bei 20 Teilnehmern und 2 500 DM Tagesgebühr entsprechende Einnahmen ergeben. Diese Debatte verdeutlicht, in welchem Ausmaß manche Beschäftigte „unternehmerisches Denken“ im Sinne eines Profitcenters übernehmen.

Allerdings nehmen Gleißmann/Peters keinen Bezug auf die Pflicht des Unternehmers nach Paragraf 37 Betriebsverfassungsgesetz, dem Mitarbeiter die Betriebsratsstätigkeit während der Arbeitszeit zu ermöglichen. Auch die Möglichkeit des Betriebsratsgremiums, den gesetzlichen Anspruch auf Ersatz in den betroffenen Abteilungen gerichtlich durchzusetzen, wird nicht erwähnt.

Dies setzt natürlich den Willen der Interessenvertreter voraus, auch zur entsprechenden Konfrontation - die ein Gang zum Gericht für Betriebsräte immer darstellt - mit dem Arbeitgeber bereit zu sein.

Es bleiben auch Fragen offen, wie die Kampagne weiter entwickelt werden kann.

Es ist denkbar, Gegenbilder zum fast schon allgemein anerkannten Grundsatz „Karriere kann nur durch hohes Arbeitszeitvolumen gelingen“ zu präsentieren. Könnten Gewerkschaften nicht Beispiele aus Betrieben sammeln, die zeigen, wie viele Beschäftigte in Hoffnung auf berufliches Vorankommen auf Freizeit verzichten oder selbst vor Mobbing der eigenen Kollegen nicht zurückschrecken – und zwar mit dem Ergebnis, dass es mit der Karriere doch nichts wird?

In diesem Zusammenhang sollte eine Gegenöffentlichkeit hergestellt werden. Leitgedanke kann dabei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sein. Auch der Widerspruch zwischen dauerhaften Erschöpfungszuständen und Gesundheitsschäden vieler Beschäftigter durch Überarbeitung und andererseits steigenden Zahlen derer, die gar keine Arbeit haben, ist zu thematisieren.

Kann dem nicht ein anderes Ideal entgegengesetzt werden: Jede Arbeit ist in der tariflichen Arbeitszeit von 35 oder 38 Stunden zu schaffen? Zumal ein großes Überstundenvolumen oftmals nur deshalb möglich ist, weil der männliche Vollerwerbstätige von der Partnerin bei der Hausarbeit entlastet wird. So werden die überkommenen Rollenklischees von der Hausfrauenehe aufrechterhalten.

Gegen ein „Arbeiten ohne Ende“ könnte eine moderne Variante des Grundsatzes „Samstags gehört Papi mir“ helfen. Gewerkschaften müssen versuchen, gesellschaftliche Gegenbilder zu entwickeln. Der IBM-Betriebsrat bleibt hingegen mit seiner Kampagne lediglich innerhalb der betrieblichen Grenzen aktiv.

Im Nachwort betont Klaus Peters die „Unfreiheit“ des Arbeitgebers in der spätkapitalistischen globalisierten Welt. Auch in den Darstellungen von Gleißmann hat die Verantwortung des Unternehmers wenig Bedeutung.

Dessen Pflicht, die Einhaltung von Gesetzen oder Tarifverträgen sicherzustellen, bleibt unerwähnt. Bei Überschreitung von Arbeitszeitkonten beispielsweise reicht es nicht aus, dass der Arbeitgeber auf die Verantwortung des Mitarbeiters verweist. Rechtlich ist die Situation eindeutig: Die Arbeitsaufgaben sind so an die Mitarbeiter zu vergeben, dass sie in den tariflich vorgeschriebenen Zeiten auch zu schaffen sind. Die Praxis sieht oft anders aus. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen diese Ansprüche deshalb notfalls auch gerichtlich durchsetzen. Da sich die Belegschaft von IBM bereits über die Unhaltbarkeit der derzeitigen Situation verständigt hat, könnte der Betriebsrat durch den Gang zum Arbeitsgericht zeigen, dass nicht nur der einzelne Betroffene handeln soll, sondern auch kollektive Maßnahmen möglich sind.

In einem weiteren Punkt scheint die Kampagne des IBM-Betriebsrates zu kurz zu greifen. Die Strategie der „inneren Steuerung“, die ohne Rücksicht auf gesundheitliche Folgen für die Beschäftigten verfolgt wird, wird nicht automatisch in jedem Betrieb eingeführt. Dem gehen grundsätzliche Überlegungen der Entscheidungsträger voraus.

Es muss deshalb auch überlegt werden, wie Arbeitgeber an ihre gesellschaftliche Verantwortung erinnert werden können. Gerichtliche Auseinandersetzungen, Tarifverhandlungen oder auch innerbetriebliche Diskussionen können genutzt werden, um mit Gewerkschaften und gesellschaftlichen Gruppen etwa aus dem kirchlichen Bereich oder Arbeitslosenverbänden öffentliche Kampagnen zu starten, um Verantwortliche zu benennen.

Es fehlen in der Publikation auch Forderungen an den Gesetzgeber. Durch Mitwirkungsrechte von Betriebsräten und Gewerkschaften bei der Personalbemessung kann die Situation der Betroffenen verbessert werden. Die jetzige rechtliche Situation ist völlig unzureichend.

Die von Peters und Glißmann dargestellte Kampagne, die die IG Metall inzwischen bundesweit thematisiert, kann als bahnbrechender neuer Weg angesehen werden. Für eine lebendige Gegenbewegung, die der „Arbeit wieder ein Maß geben“ soll, muss sie allerdings noch weiterentwickelt werden.

*Marcus Schwarzbach,
Helsa*

Dieter Schenk, Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2001, 371 S., 22,90 €.

Mit Veröffentlichungen über die Verbrechen des NS-Regimes lassen sich umfangreiche Bibliotheken einrichten. Doch noch immer gibt es Organisationen, deren Rolle im Tausendjährigen Reich nicht vollständig untersucht worden ist. Dazu zählt auch die Kriminalpolizei, die bis 1933 im Reichskriminalpolizeiamt (RKPA) zusammengefasst war. Dann wurde die Behörde gleichgeschaltet und dem Reichssicherheitshauptamt unter Leitung der SS angegliedert. Während des Zweiten Weltkrieges nahmen zahlreiche leitende Mitarbeiter der ehemaligen Kripo in den Einsatzgruppen und ähnlichen Formationen an der Ermordung hunderttausender von Menschen im Osten teil. Opfer der Massenerschießungen waren Polen und Russen, sowjetische Kriegsgefangene, Juden, Zigeuner, Zivilisten.

In seinem neuen Buch weist Dieter Schenk auf die aktive Rolle von Kriminalbeamten in der Mordmaschinerie der Nazis hin und darüber hinaus auf ihr Wirken im Bundeskriminalamt (BKA) in der Bundesrepublik. Er stützt sich dabei auf persönliche Angaben und auf offizielle Unterlagen, mit denen einseitige Selbstdarstellungen widerlegt werden. Für diese Aufgabe ist Schenk der richtige Mann. Er war immerhin von 1980 bis 1989 Kriminaldirektor im Wiesbadener BKA und schied dort auf eigenen Wunsch aus.

Bei einem Rückblick auf diese Behörde darf nicht übersehen werden, dass die Bestrafung von Verbrechen des NS-Staates in der Bundesrepublik nicht populär war. Das zeigte sich etwa an der Entscheidung von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU), den Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, Hans Globke, als engsten Mitarbeiter ins Bundeskanzleramt zu holen. In der

Praxis erwies sich, dass der tiefbraune Justizapparat Verfolgungen von NS-Verbrechen häufig bremste oder verhinderte. Zahlreiche Ermittlungen wurden eingestellt, und in jenen Fällen, in denen es zu Gerichtsverfahren kam, standen am Ende allzu häufig Freisprüche auf der Tagesordnung.

Schenk weist nach, dass die belasteten Kripobeamteten des höheren Dienstes bei Ermittlungen stets die gleiche Strategie verfolgten. Sie beriefen sich auf einen angeblichen Befehlsnotstand und zeigten unglaubliche Erinnerungslücken. Nach Möglichkeit nannten sie keine Namen, Zeiten, Örtlichkeiten und Dienststellen, wenn es um ihre Verstrickungen ging. Und die Zeit arbeitete für sie. Mit dem Straffreihheitsgesetz der Bundesregierung von 1951 stand der Wiedereinstellung von NSDAP-Mitgliedern in den öffentlichen Dienst kaum noch etwas im Wege. Die Tatsache, dass Kripobeamtete SS-Dienstgrade erhalten hatten, wurde verharmlost, obwohl eine Übernahme ohne Aufnahmeantrag nur selten erfolgte. Auch die Behauptung, man habe bis 1945 nur die üblichen Methoden der Verbrechensbekämpfung angewandt, traf nicht zu - bereits 1933 wurden rechtsstaatliche Regeln aufgehoben.

1958, als schaurige Enthüllungen im Ulmer Einsatzgruppenprozess die deutsche Öffentlichkeit aufscheuchten, drohten auch dem Kreis der Belasteten in der Kripo neue Ermittlungen. Viele Täter waren zu diesem Zeitpunkt längst wieder im BKA tätig, zumal sie in braunen Seilschaften entsprechende Förderungen fanden. Schenk erwähnt auch Ausnahmefälle, wie den eines Beamten, dem Erschießungen nachgewiesen werden konnten. Er erhielt zwar eine Zuchthausstrafe, wurde aber anschließend wieder im öffentlichen Dienst beschäftigt und brachte es sogar bis zum Leiter des Landeskriminalamtes in Rheinland-Pfalz.

Die Besetzung des BKA mit Angehörigen der Mordorganisationen hatte schwerwiegende Folgen. Die zu den Aufgaben der Behörde zählende Verfolgung des Rechtsextremismus wurde in der Praxis nicht angemessen durchgeführt. Während das ähnliche Verhalten der Justizbehörden von den Medien immer wieder beanstandet wurde, geriet das BKA kaum ins Licht der Öffentlichkeit. Jahrelang konzentrierte sich das BKA auf den Linksradikalismus, für den 300 Beamte zuständig waren, während sich mit dem Rechtsradikalismus nur 30 Beamte auseinander

setzten. 1999 erschien eine Festschrift für den ehemaligen BKA-Präsidenten Horst Herold, auf deren 600 Seiten das Problem des Rechtsradikalismus nur auf drei Seiten erwähnt wurde.

Selbst die rot-grüne Bundesregierung hat die Brutalität der Neonazis nach der Wende nur zögernd in der Öffentlichkeit interpretiert, obwohl die Medien über jeden Vorfall berichteten. Bei einer Anfrage im Bundestag nach den seit 1990 von Nazis Ermordeten wurde die Zahl 23 genannt, obwohl fast 100 Menschen ihr Leben bei rassistischen Überfällen ließen.

Die durch ihre Teilnahme an Verbrechen belasteten Beamten im BKA sind zwar inzwischen längst pensioniert oder verstorben. Doch der Rechtsdrall ist immer noch vorhanden, wie Schenk nachweist. Das zeigt sich etwa an guten Kontakten zu Polizeikräften in Folterstaaten.

Der Autor weist übrigens darauf hin, dass er bei seinen Recherchen keine Unterstützung vom BKA erhielt, obwohl ihm das vom Bundesinnenministerium zugesagt worden war. Erst unmittelbar vor Druckbeginn - also zu spät - versprach das BKA ihm behilflich zu sein.

*Horst Hartmann,
Viernheim*

Christa Wolf, Leibhaftig. Erzählung, Luchterhand Lit., München 2002, 192 S., 18 €.

Diese neue Erzählung von Christa Wolf - sechs Jahre nach ihrem Roman „Medea“ - handelt von drohendem Abschied, von bereits erfolgtem Zusammenbruch allgemeiner und individueller Erwartungen, von Erkenntnis und von Enttäuschung, auch von Verrat und Einsicht ins Unvermeidliche. In „Leibhaftig“ erzählt Christa Wolf vom sterbenskranken Leben einer Frau in mittleren Jahren, die in der Zeit ihres Krankenzustandes an den Abgrund ihrer Existenz gerät und dabei das Essentielle ihres gelebten Lebens Revue passieren lässt. Es ist dies ein in der Literatur nicht ungewöhnliches Motiv. Doch die Dichte, in der Gedachtes, Erfahrenes und Erzähltes bei Christa Wolf ineinander greifen, lässt diesen Text aus dem Gewöhnlichen hervortreten. Wir lesen von einer Frau, die mit einer offenen Leibwunde im Krankenhaus liegt, gegen wechselnd hohes Fieber zu kämpfen hat, der Kunst der Ärzte ausgeliefert, sich an ihr früheres Dasein zu erinnern

versucht. Ein Leben, das mit dem Auf- und Niedergang der DDR mit all ihren Hoffnungen und falschen Versprechungen heillos verbunden ist, seine ersten Erfahrungen aber noch früher gemacht hat. Es kommt der Frau alles Mögliche in den Sinn, während Ärzte und Schwestern an ihr herum hantieren. Da ist die Erinnerung an Hannes, genannt Urban, mit dem sie einst gemeinsam im Institut gearbeitet hat. Eines Tages ist Urban verschwunden, ausgerechnet er, der sie ständig zur Vorsicht gegenüber der Allmacht parteilichen Denkens ermahnt hat. Da ist die Erinnerung an Freundschaft und Vertrauen, das irgendwann und irgendwie auf schäbige Art enttäuscht wurde. Da ist schließlich das Nachdenken über die Gründe, die zum Niedergang eines Systems führten, über dessen Charakter sich die Patientin auch im fortgeschrittenen Stadium ihres politischen Reifeprozesses nicht im Klaren zu sein scheint. Fühlt sie mit Rosa, „die geschunden im Landwehrkanal“ treibt? Fühlt sie mit jenen Bürgern des untergegangenen Staates, die sie mit „normalen Reiseerlaubnissen“ in ihr „Territorium“ zurückkehren sieht? Was war da „normal“?

Christa Wolf ist stets eine mitfühlende Erzählerin gewesen. Doch war ihr „Nachdenken über Christa T.“ auch ein literarisch höchst kunstvolles Beispiel für stilles Leiden an sich selbst. „Leibhaftig“ steht in dieser Tradition.

Und dann erfährt sie die „Rachsucht der ehrgeizlosen Talentlosen“. Das war in der DDR nicht anders als anderswo auch. Unter dem Banner des „neuen Menschen“ waren die Möglichkeiten vielleicht noch etwas günstiger. Im Zeichen der selbstgerechten „besseren gesellschaftlichen Moral“ konnte sich Niedrigkeit besonders gut austoben. Die Frage unserer Patientin - „Was ist Menschenglück?“ - lässt sich unter diesen Auspizien nicht eindeutig beantworten. Es fehlt ihr und uns an der wünschenswerten gemeinsamen Klarsicht. Im Krankenhaus fallen der Frau Schlaf- und Küchenlieder ein. Wenn die Nachrichten aus dem Radio dazukommen, gerät die Patientin ins Chaos. Das, was draußen in der Welt passiert, ist so fürchterlich, dass sie nichts davon hören oder sehen will. Sie hat nicht die Kraft dazu, erinnert sich aber an Tante Lisbeth, die für den jüdischen Arzt nebenan Kuchen bäckt und ihre heimliche Liaison nur mühsam verbergen kann. Schon die bloße Erinnerung an diese Jahre treibt die Kranke zu Schweißausbrüchen. Träumt sie, wacht sie? Die Erinnerungsebenen vermischen sich, das Heute verbindet sich mit dem Früher, zwischen

durch schiebt man sie in den Operationssaal. Der Riss, der durch sie hindurchgeht, der Schnitt in ihr Fleisch - er steht mit all seiner Schärfe symbolisch für das schmerzhaft Trennende nach dem Ende des „ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden“. Es war einmal. Der Krankheitsverlauf, so wird ihr von den Ärzten bedeutet, begründe aber nicht ausreichend den Zusammenbruch ihrer Immunabwehr. Der körperliche Verfall - nur ein Synonym für den der Gesellschaft? Über welche inneren Abwehrkräfte hat denn dieser merkwürdige Staat verfügt, von dem sich unsere Patientin mit ihrer verletzten Erinnerung zu verabschieden versucht? Ist es das Fieber der Krankheit, das ihr vorgaukelt, es sei in diesem Mauer- und Stacheldraht-Staat irgendetwas mit rechten Dingen zugegangen? Das Krankenhaus als Spiegelbild der Gesellschaft, die Schwestern Evelyn, Thea, Christine und Elvira an ihrem Prokrustes

bett. Dazu die liebevolle Kora Bachmann, die „Mondfrau“, die gut und gerne vom Alter her die Tochter unserer Kranken sein könnte - und doch schon geschieden und Mutter eines vierjährigen Mädchens ist.

In einem Brief an einen „Herrn D.“ aus Freiburg im Breisgau schreibt Christa Wolf im Jahr 1982 die prophetischen Worte: „In einer ganz oder teilweise falschen, selbstgefälschten Realität zu leben, bedeutet auch, dass Rausch und Wahndenken nahe liegen.“ Jetzt - zwanzig Jahre später - heißt es in „Leibhaftig“: „Was ich brauche, ist eine Entgiftung, eine Reinigung, ein Purgatorium...“ So lesen wir Christa Wolfs neue Erzählung auch als einen Versuch, ein wenig Licht in die Schattenwelt einer Vergangenheit zu bringen, deren Lemuren uns noch heute bedrängen.

*Wolf Scheller,
Köln*